

presse

AG Arbeit und Soziales

Gute Arbeit in Privathaushalten

Waltraud Wolff, zuständige Berichterstatterin;

Ralf Kapschack, zuständiger Berichterstatter:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert, statt Minijobs in Haushalten zu fördern, Anreize zu setzen, die Beschäftigung über Dienstleistungsanbieter zu fördern. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist der Vorstoß eine gute Initiative gegen prekäre Beschäftigung in privaten Haushalten.

„Wir begrüßen, die Initiative des DGB. Wir müssen mehr Ordnung in die Beschäftigung in Privathaushalten bringen. Der Vorschlag des DGB ist dazu eine gute Grundlage.“

Geringe Einkommen, kaum soziale Sicherheit, ein hoher Anteil an Schwarzarbeit – zu Recht stellt der DGB fest, dass Beschäftigung in privaten Haushalten oft prekär ist. Ein besonderes Problem dabei sind die Angestellten, die in den Haushalten leben und rund um die Uhr verfügbar sein müssen. Allein in der Betreuung von Pflegebedürftigen arbeiten so rund 300.000 Menschen in privaten Haushalten. Gerade hier wird oft das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten, eine Kontrolle ist bisher kaum möglich.

Die staatliche Förderung muss auch nach unserer Auffassung künftig allein für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gelten. Bei der Reform der geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten sollte, so wie es der DGB vorschlägt, die Minijob-Zentrale eine wichtige Rolle spielen.“